Brüssel, den 19. Mai 2020

Stellungnahme PETI-Ausschuss, Petition Nr. 470/2020

Sehr geehrte Ausschussmitglieder,

ich möchte Ihnen für die Gelegenheit danken, unsere Petition zum Schutz der Rechte von Menschen mit geistigen Behinderungen während und nach dem Coronavirus-Notstand vorzustellen.

Ich spreche im Namen von Inclusion Europe, der europäischen Bewegung von Menschen mit geistiger Behinderung und ihren Familien.

Wir möchten mit unserer Petition Ihre Aufmerksamkeit auf die verschiedenen nationalen Gesetze und Praktiken lenken, die mit der europäischen Gesetzgebung und der VN-BRK unvereinbar sind.

Es ist jetzt nicht nur wichtig, sich mit der Diskriminierung zu befassen, der Menschen mit Behinderungen ausgesetzt sind, sondern auch Lehren für mögliche zukünftige Notsituationen zu ziehen.

Erstens fordern wir, dass die EU Untersuchungen durchführt.

Während des Verlaufs der Gesundheitskrise haben unsere Mitglieder immer wieder von Fällen von Diskriminierung und Verletzungen ihrer Rechte berichtet, wie z. B. diskriminierende Triage-Richtlinien, medizinische Diskriminierung in Krankenhäusern oder Fälle, in denen Krankenwagen, wenn sie gerufen wurden, für Menschen mit Behinderungen nicht einmal gekommen sind.

In Fällen, in denen es mitunter keine ausdrücklichen Richtlinien gab, entschieden sich die Beschäftigten des Gesundheitswesens dafür, Menschen mit Behinderungen nicht zu betreuen, nur weil sie eine Behinderung hatten.

Diese Entscheidungen sind diskriminierend und beruhen auf dem Gedanken, dass das Leben einer Person mit einer Behinderung ohnehin keinen Wert habe.

Wir sind der Meinung, dass die EU diese missbräuchlichen Verfahren und Verhaltensweisen, die zur Verweigerung von Gesundheitsversorgung führten, untersuchen sollte, um eine Entschädigung für Familien und Einzelpersonen zu gewährleisten und derartige Praktiken zu verurteilen.

Es ist an der Zeit, dass Behinderung in Europa nicht länger aus einer rein medizinischen Perspektive betrachtet wird und dass die Angehörigen der Gesundheitsberufe den Wert eines Lebens nicht länger auf der Grundlage diskriminierender Vorurteile beurteilen.

Was die stationären Einrichtungen betrifft, die schreckliche Brutstätten für Infektionen waren, fordern wir, dass die EU Untersuchungen durchführt und konkrete Informationen über die Geschehnisse liefert.

Beispielsweise sollte untersucht werden, ob die Menschen einen angemessenen Schutz und eine angemessene Gesundheitsversorgung im Krankheitsfall erhielten. Ferner sollten Daten bereitgestellt werden, um die Sterberaten aus dem gleichen Zeitraum der letzten drei Jahre mit den jetzigen Daten zu vergleichen.

Zudem fordern wir, dass die Sterberaten von Menschen mit Behinderungen nach Art der Behinderung, Alter und Geschlecht aufgeschlüsselt werden, damit gezielte Unterstützungsmaßnahmen entwickelt werden können, um eine Verschlechterung der Situation von Menschen mit Behinderungen zu verhindern.

Zweitens würden wir es begrüßen, wenn die EU Mittel und Ressourcen zur Verfügung stellen würde, um weiteren Schaden von Menschen mit Behinderungen zu verhindern.

Derzeit werden viele Wiederaufbaupläne und Lösungen ausgearbeitet, um unsere Volkswirtschaften zu retten, den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen zu gewährleisten, Schulen wieder zu öffnen usw. Wir fordern nicht nur, dass Menschen mit Behinderungen im Rahmen dieser Pläne berücksichtigt werden, sondern auch dass speziell auf ihre besonderen Bedürfnisse eingegangen wird, indem eine zweckgebundene EU-Finanzierung aus der europäischen Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronavirus-Krise eingeführt wird.

Die EU sollte dafür Sorge tragen, dass Menschen mit Behinderungen während des Ausstiegs nicht noch weiter isoliert werden; denn da einige von ihnen mitunter nicht in der Lage sind, physischen Abstand zu wahren, könnten Regierungen den einfachen Weg wählen und empfehlen, dass Menschen mit geistigen Behinderungen zu Hause bleiben. Dies würde die Segregation noch weiter erhöhen.

Die Mittel sollten speziell für gemeindenahe Unterstützungsdienste für Behinderte sowie für Unterstützungsdienste in Not- und Gesundheitssituationen bereitgestellt werden, um sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen den gleichen Schutz von Gesundheit und Sicherheit erhalten wie andere Menschen.

Die Kommission sollte Leitlinien entwickeln, um dafür zu sorgen, dass EU-Länder beim Einsatz dieser Mittel besonders gefährdete Gruppen wie Menschen mit Behinderungen und ihre Familien in besonderem Maße berücksichtigen.

So sollten beispielsweise Leitlinien erarbeitet werden, um sicherzustellen, dass Kinder mit geistigen Behinderungen als Erste wieder die Schulen besuchen dürfen, wenn diese wiedereröffnet werden.

Ferner muss die EU dafür sorgen, dass Menschen mit geistigen Behinderungen nicht die Ersten sind, die von der Beschäftigung ausgeschlossen werden. Hierfür gilt es beispielsweise, Maßnahmen für ein Mindesteinkommen zu beschließen, bei denen die Kosten im Zusammenhang mit einer Behinderung berücksichtigt werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.